

## Medienmitteilung

Thema	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2014 - 2017
Für Rückfragen	Michael Köpfli, Fraktionspräsident, Tel. +41 79 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern bern@grunliberale.ch / www.bern.grunliberale.ch
Datum	27. März 2013

### Gemeinderat mut- und planlos: Grünliberale präsentieren konkretes Sparpaket

**Ohne Sparmassnahmen drohen der Stadt Bern 2014 - 2017 jährliche Defizite im zweistelligen Millionenbereich. Der Gemeinderat will diesem Problem mit globalen Budgetkürzungen in der ganzen Stadtverwaltung begegnen. Das mag der Weg des geringsten Widerstands sein, er ist aber auch mut- und planlos: Es ist eine Illusion zu denken, dass die Stadt Bern mit diesem Vorgehen künftig jährlich zweistellige Millionenbeiträge einsparen kann. Die Grünliberalen fordern stattdessen eine klare Prioritätensetzung und bringen anlässlich der Behandlung des Aufgaben- und Finanzplans konkrete Sparvorschläge für die kommenden Jahre ein. Weiter verlangen die Grünliberalen vom Gemeinderat auch eine klare Prioritätensetzung im Bereich der Investitionen.**

Ohne Sparmassnahmen drohen der Stadt Bern 2014 - 2017 jährliche Defizite im zweistelligen Millionenbereich. Der Gemeinderat will diesem Problem mit globalen Budgetkürzungen in der ganzen Stadtverwaltung begegnen. Dieses Vorgehen ist mut- und planlos, war es doch der Gemeinderat, welcher in den vergangenen Jahren pauschale und prozentuale Kürzungsanträge in Budgetdebatten stets kritisierte und zur Ablehnung empfahl. Zwar finden es auch die Grünliberalen sinnvoll, wenn der Gemeinderat die Daueraufgabe wahrnimmt, die Verwaltung so effizient wie möglich zu führen. Es ist aber eine Illusion zu denken, dass die Stadt Bern mit diesem Vorgehen künftig jährlich zweistellige Millionenbeiträge einsparen kann. Vielmehr braucht es zusätzlich eine konkrete Prioritätensetzung. Es ist die Aufgabe der Politik zu entscheiden, wofür die Stadt wie viel der beschränkten finanziellen Ressourcen ausgeben will.

Die Grünliberalen bringen deshalb anlässlich der Behandlung des „Integrierten Aufgaben- und Finanzplans“ (IAFP) erste konkrete Sparvorschläge für die kommenden Jahre ein. Neben dem Abbau von Doppelspurigkeiten und unnötigen Ausgaben in der Verwaltung verlangen die Grünliberalen, dass das Volumen an Subventions- und Leistungsverträgen mit Dritten moderat gesenkt wird. Diese meist mehrjährigen Verträge binden inzwischen so viele Mittel, dass die finanzielle Flexibilität der Stadt zu stark eingeschränkt ist. Schliesslich soll der Stadtrat aber auch selbst einen Beitrag leisten: Die Grünliberalen verlangen, dass ab 2014 auf den Druck und Postversand von Stadtratsunterlagen verzichtet wird. Allein mit dieser bescheidenen und zumutbaren Massnahme lässt sich über den Zeitraum einer Legislatur ein sechsstelliger Betrag und viel Arbeitszeit in der Verwaltung einsparen. Insgesamt umfasst das erste Sparpaket der Grünliberalen für die nächsten Jahre rund 7–10 Millionen Franken. Bis zur Budgetdebatte im Herbst werden die Grünliberalen weitere Vorschläge erarbeiten.

### **Transparenz und Prioritätensetzung auch bei den Investitionen**

Neben den laufenden Ausgaben greifen die Grünliberalen auch das Problem auf, dass in der Stadt Bern einerseits ein grosser (Nachhol-) Bedarf im Bereich der Investitionen besteht, der Stadt andererseits jedoch aufgrund des viel zu tiefen Selbstfinanzierungsgrads auch über die Investitionsrechnung eine empfindliche zusätzliche Verschuldung droht. Mit einer entsprechenden Planungserklärung verlangen die Grünliberalen vom Gemeinderat eine Priorisierung der geplanten Investitionen anhand von verschiedenen Szenarien. Damit bekommt die Politik die heute fehlende Entscheidungsgrundlage, um einen sinnvollen Kompromiss zwischen den Finanz- und Infrastrukturzielen zu finden.

Alle Planungserklärungen im Detail sind auf den folgenden 2 Seiten zu finden.

## Planungserklärungen der Grünliberalen zum IAFP 2014 – 2017 der Stadt Bern

**1. PG 130100: Mit der Rückführung der Stadtbauten in die Verwaltung im PJ 2014 ist die Abteilung Stadtentwicklung in bestehende oder im Zusammenhang mit ZIMBE neu zu schaffende Dienststellen zu integrieren. Dabei soll der Gemeinderat darlegen, wie insgesamt Einsparungen von 10% gegenüber dem im IAFP geplanten Budget für die Stadtentwicklung gemacht werden können. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: ca. CHF 800'000)**

Begründung: Die Planungserklärung entspricht 1:1 der im letzten Jahr vom Stadtrat überwiesenen Planungserklärung der glp-Fraktion. Leider hat der Gemeinderat diese im vorliegenden IAFP nur ansatzweise, resp. alibimässig umgesetzt. Zwar soll die Wohnbauförderung in die Stadtplanung überführt werden. Die Abteilung Stadtentwicklung wurde aber weder vollständig in bestehende oder im Zusammenhang mit ZIMBE neu zu schaffende Dienststellen integriert noch wurden die geforderten Einsparungen dargelegt. Gerade im Bereich der „städtischen Aussenpolitik“ und des Standortmarketings bestehen heute Doppelspurigkeiten, welche konsolidiert werden sollten. So werden diese Aufgaben u.a. vom Stadtpräsidenten, der Stadtentwicklung sowie vom Wirtschaftsamt übernommen. Auch im Leistungsvertrag mit Bern Tourismus wird Standortmarketing delegiert.

**2. PG 11000: Der Gemeinderat wird beauftragt, das Gesamtvolumen der Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen für die Periode 2016–2019 gegenüber der Vorperiode teuerungsbereinigt um mindesten 5% zu senken, wobei maximal die Hälfte dieser Einsparungen für Beiträge zur direkten Förderung verwendet werden sollen. (Total Entlastung Budget 2016 – 2019: ca. CHF 3'100'000 – 6'200'000)**

Begründung: Wie selbst der Stadtpräsident im letzten Jahr sagte, ist die subventionierte Kultur "an der Grenze zum Überangebot". Dies betrifft aus Sicht der Grünliberalen jedoch nur die fixen Subventionen, welche direkt in Institutionen fliessen (ca. 90% der Kulturbudgets), nicht aber die Beiträge zur direkten Förderung (ca. 10% der Kulturbudgets). Weil die institutionellen Beiträge bislang tabu waren, gerieten einseitig die Beiträge zur direkten Förderung unter Spardruck. Die Grünliberalen sind aber dagegen, dass die aktive, innovative und wertvolle freie Szene immer mehr unter Druck kommt, deshalb sollen künftig weniger Mittel über Leistungsverträge gebunden werden.

**3. PG 11000: Die in den Planjahren 2015 - 2017 eingeplanten CHF 200'000 für das „Haus der Religionen“ sind zu streichen. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: CHF 600'000)**

Begründung: Es sprechen kultur- und finanzpolitische Überlegungen gegen diese Subvention. Mit dieser Subvention würden im Kulturbudget noch mehr Gelder in Institutionen fliessen, was – wie wir in den letzten Jahren mehrfach erleben konnten – fast zwangsläufig zulasten der Beiträge in der direkten Kulturförderung passiert. Weiter wurde und wird das Haus der Religionen bereits mehrfach direkt und indirekt durch die öffentliche Hand subventioniert (Millionenbeitrag aus dem Lotteriefonds, reduzierter Baurechtszins). Für den Betrieb sollen nun die partizipierenden Religionsgemeinschaften sowie Private aufkommen. Während auf sozialpolitischer Ebene die Absicht bezüglich gesellschaftlicher Kohäsion anerkannt wird, sprechen für einen Teil der Grünliberalen Fraktion schliesslich auch grundsätzliche Überlegungen gegen diese Subvention (Neutralitätsgebot des Staates in religiösen Fragen).

**4. P260140 Bern Tourismus: Ab dem Leistungsvertrag 2014 - 2015 ist das Volumen auf den Ertrag der Übernachtungsabgabe (ca. 1.9 Millionen Franken pro Jahr) zu begrenzen. Auf den bisher gezahlten "fixen Beitrag aus öffentlichen Mitteln" von CHF 890'000 pro Jahr ist zu verzichten. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: CHF 3'560'000)**

Begründung: Gemäss geltendem Leistungsvertrag hat Bern Tourismus 7 Kerngeschäfte<sup>1</sup>. Aus Sicht der Grünliberalen können davon nur die Punkte (a), (b) sowie teilweise (c), (e) und (f) als Aufgabe der öffentlichen Hand interpretiert

---

<sup>1</sup> Bern Tourismus

a. führt eine Information (Hauptverkaufs- und Informationsstelle) im Raum des Hauptbahnhofs Bern, welches grundsätzlich täglich offen zu halten ist;  
b. betreibt im Alten Tramdepot beim BärenPark eine Tourist Information mit Informations-, Verkaufs- und Ausstellungsteil;  
c. betreibt die Vermittlung, Organisation und Durchführung von Kongressen;  
d. betreibt die Vermittlung von Hotelzimmern;  
e. entwickelt und realisiert geeignete Marketingmassnahmen zur Promotion der Tourismus-Destination Bern;  
f. schliesst mit geeigneten Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Unterhaltung usw. Joint-ventures und Sponsoringverträge für publikumswirksame Marktauftritte ab;  
g. kann zur Erfüllung seiner Aufgaben weitere Informations- und Verkaufsstellen betreiben, kommerzielle Tätigkeiten entfalten sowie die Geschäftsführung anderer Organisationen übernehmen.

werden. Die Punkte (d) und (g) sind zwar durchaus sinnvolle Massnahmen, diese sollten aber durch die Branche selbst finanziert werden. So ist zum Beispiel die Vermittlung von Hotelzimmern (Kerngeschäft d) sicher keine Aufgabe der Stadt. Von den Punkten, welche ganz oder teilweise Aufgabe der Stadt sind, lassen sich nur die Aufgaben (a), (b) und (c) sinnvoll über einen Leistungsvertrag delegieren. Die ganzen PR- und Marketingaufgaben sind im bestehenden Leistungsauftrag kaum definiert und sie lassen sich durch die Stadt als Auftraggeberin dementsprechend nur begrenzt steuern, messen und bewerten. Selbstverständlich soll Bern Tourismus PR und Marketing betreiben, auch dieses sollte aber primär durch Beiträge aus ihrer Branche finanziert werden. Wenn die Stadt Bern Geld für Standortmarketing ausgibt, dann soll sie dieses selbst betreiben und den Fokus nicht alleine auf den Tourismus legen. Die Vernetzung mit Akteuren auf verschiedenen Ebenen kann der Gemeinderat effizienter auszunutzen als ein Verein oder ein Branchenverband.

**5. PG01000 (Stadtrat): Ab 2014 ist auf den Druck und Postversand von Stadtratsunterlagen an die Stadtratsmitglieder zu verzichten. Sämtliche Unterlagen werden elektronisch verschickt. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: Druck-, Papier- und Portokosten mindestens CHF 100'000, dazu kommt eine grosse Entlastung des Ratssekretariats.)**

Begründung: Wer glaubwürdig sparen will, muss bei sich selbst beginnen. Alleine mit dieser Massnahme, welche heute allen Stadtratsmitgliedern zugemutet werden kann, lässt sich über den Zeitraum einer Legislatur ein sechstelliger Betrag an Papier-, Druck- und Portokosten einsparen, zudem kommt die Massnahme der Umwelt zugute. Die Arbeitszeit, welche das Ratssekretariat dadurch einspart, ist noch nicht einmal eingerechnet.

**6. PG 05000: Die in den Planungs Jahren 2014 – 2017 eingeplanten 40'000 Franken für den „Aufbau Kommunikation Social Media und Community Management“ sind zu streichen. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: rund CHF 160'00)**

Begründung: Die Stadt Bern ist bereits heute auf Social Media Plattformen aktiv (bspw. Twitter). Das ist ein angenehmer Service. Warum dafür aber zusätzlich 40'000 Franken pro Jahr nötig sein sollen, ist nicht einsehbar. Gerade dank der neuen Kommunikationsmittel und -möglichkeiten hat sich die Kommunikation in den letzten Jahren auch stark vereinfacht. Ein Ausbau der Kommunikationsaktivitäten im Bereich Social Media und Community Management muss daher mit anderweitigen Einsparungen finanziert werden, bspw. über die Reduktion von Druck- und Portokosten in der ganzen Stadtverwaltung.

**7. PG 05000: Auf den Druck der Mitarbeitendenzeitung (MAZ) ist zu verzichten, stattdessen ist diese elektronisch (als pdf oder in Form eines Newsletters) zu verschicken. (Total Entlastung Budget 2014 – 2017: unbekannt, aber sicher einige zehntausend Franken)**

Begründung: siehe Begründung zu Planungserklärung 1 (Verzicht auf Druck und Postversand von Stadtratsunterlagen)

**8. Investitionsplanung: Der Gemeinderat wird beauftragt, im IAFP 2015 - 2018 verschiedene Szenarien für die Investitionsplanung vorzulegen, mit welchen ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von mindestens 50%, 60%, 70% sowie 80% erreicht werden kann.**

Begründung: Die Stadt steht vor einer grossen Herausforderung: Einerseits besteht ein grosser (Nachhol-) Bedarf im Bereich der Investitionen, andererseits droht der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen in den kommenden Jahren so stark zu sinken, dass sich die Stadt jedes Jahr empfindlich neu verschuldet. Gemäss vorliegendem IAFP fällt der Selbstfinanzierungsgrad teilweise unter 40%, was finanzpolitisch als beunruhigend bezeichnet werden muss. Mit der in der Planungserklärung geforderten Priorisierung der Investitionen hat die Politik die heute fehlende Entscheidungsgrundlage, um einen sinnvollen Kompromiss zwischen den finanzpolitischen Zielen und den Infrastrukturzielen zu treffen.